

Volksinitiative für freie Schulwahl kommt

Elternlobby Aargau Das Begehren soll noch dieses Jahr eingereicht werden, 3000 Unterschriften sind nötig

«Wir sind daran, ein Initiativkomitee auf die Beine zu stellen», bestätigt Marco Bolliger aus Veltheim, Koordinator der Elternlobby Aargau.

HANS FAHLÄNDER

Freie Schulwahl – ein Zauberwort für viele Eltern. Es bedeutet im Klartext: Sämtliche Schulen, ob private oder öffentliche, sollen vom Staat gleichermaßen unterstützt werden. Einzige Bedingung: Sie müssen allen Kindern offenstehen. So sollen Eltern die Schule ihrer Sprösslinge nach pädagogischem Profil auswählen können. Heute zählt faktisch nur die Nähe zum Wohnort. Private Schulen kosten meistens viel Geld und sind deshalb Kindern von Wohlhabenden vorbehalten.

In der Schweiz ist das Thema in letzter Zeit mächtig in Fahrt gekommen. Die Themen-Führerschaft liegt bei der Elternlobby, einer Dachorganisation mit Kantonssektionen. Sukzessive erhielt das Begehren insbesondere von der FDP Schweiz, welche die freie Schulwahl in ihr Parteiprogramm aufgenommen hat. Allerdings geht es ihr lediglich um die freie Wahl zwischen öffentlichen Schulen.

In Führung liegt der Kanton Basel-Stadt. Dort ist eine entsprechende Volksinitiative zustande gekommen und eingereicht worden. Die Abstimmung steht noch aus. In rund zehn weiteren Kantonen hat die Elternlobby eine Initiative angekündigt oder hat mit Sammeln von Unterschriften begonnen. So auch im Aargau. Für das Zu-

standekommen braucht es hier 3000 gültige Unterschriften. «Wir planen die Einreichung der Initiative noch in diesem Jahr», bestätigt Marco Bolliger. Dem Komitee sollen nach dem Willen der Elternlobby Aargau Vertreter aus allen wichtigen Parteien, aber auch Lehrpersonen, Eltern und Personen aus der Wirtschaft angehören.

Keine «Konkurrenz» zum Kleeblatt

«Wir profitieren auf jeden Fall von der regen Diskussion um die Volksschule», sagt Bolliger zur Situation im Aargau. Ansonsten bestehe aber zwischen dem Begehren der Elternlobby und der Reform des Bildungskleeblatts kein Zusammenhang. Bolliger: «Wir sind weder für noch gegen das Kleeblatt.» Die beiden Dinge passen

auch zeitlich nicht zusammen: Das Kleeblatt kommt im nächsten Mai vor Volk, die Behandlung von Initiativen aber dauert meistens mehrere Jahre.

Vertreter öffentlicher Schulen, unter ihnen der Aargauer Bildungsdirektor Rainer Huber, sind gegen die freie Schulwahl. Für Huber ist die Volksschule «ein flächendeckender Service public» für alle Kinder und Jugendlichen, unbesehen ihrer sozialen, kulturellen oder religiösen Herkunft. An das Motto «Konkurrenz steigert die Qualität» glaubt er im Fall der Schule nicht. Er befürchtet im Gegenteil eine Verstärkung von Privilegien und eine Vertiefung sozialer Klüfte: «Mit der freien Schulwahl ginge der Zusammenhalt in der Gesellschaft, in den Dörfern und Quartieren verloren.»